

Kommentar

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **54 (1974-1975)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE GROSSMÄCHTE UND DER NAHOSTKONFLIKT

Seit dem Oktoberkrieg von 1973 hat der Nahostkonflikt *neue Dimensionen* erhalten. Nachdem er jahrelang gewissermassen an der Peripherie der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Supermächten rangiert hatte, ist er in deren Kern gerückt. Die Frage drängt sich auf, ob damit die Gefahren einer umfassenden bewaffneten Konfrontation, in die auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verwickelt werden können, akuter geworden sind – dies um so mehr, als ein erneutes Aufflackern der Kämpfe zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn jederzeit befürchtet werden muss.

Die Palästinenserfrage

Verschärft und zugespitzt worden ist der Nahostkonflikt zunächst einmal dadurch, dass es den Arabern gelungen ist, die Palästinenserfrage zu einem zentralen Punkt ihres Streites mit Israel zu machen und sie ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu tragen. Das Problem an sich ist nicht neu; es existiert schon seit der Gründung des Staates Israel. Aber zwischen 1948 und 1967 blieb es im Hintergrund. Erst der Sechstagekrieg hat ihm einen anderen Stellenwert gegeben.

In dieser Hinsicht erwies sich Israels militärischer Erfolg vom Juni 1967 als eigentlicher *Pyrrhussieg*. Der jüdische Staat blieb auf seinen Eroberungen

«sitzen». Was zunächst als günstiges Faustpfand gedacht war, mit welchem der Frieden und die gesicherte Existenz Israels erzwungen werden sollten, wurde zu einer Art Zeitzünder in den Händen der Besetzungsmacht. Durch den Terror, den die arabischen Palästinenser entfesselten und den sie in diabolischer Meisterschaft durch Schläge gegen unbeteiligte Dritte wie Flugzeugentführungen, Geiselnahmen, Attentate und Überfälle global ausweiteten, gelang es ihnen, ihrem Kampf jene Form zu geben, die sich bisher im Bereich der *Kolonialvölker* als probates Mittel zur Erreichung der Unabhängigkeit bewährt hat. Zumindest diese Rechnung ist aufgegangen. Den Arabern glückte es, die Staaten der Dritten Welt zum grossen Teil in ihr Lager hinüberzuziehen und die durch Israel erfolgreich angebahnten Entwicklungskontakte zu unterbrechen. Krönung dieser Entwicklung war, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) auch in den *Vereinigten Nationen* salonfähig wurde und ihr Chef Arafat in einem spektakulären Auftritt vor dem Weltforum die Anerkennung seiner Sache durchsetzen konnte.

Der Ölkrieg...

Dieser Durchbruch wäre freilich wohl nicht so rasch und nachdrücklich gelungen, hätten die arabischen Staaten

nicht mit dem Oktoberkrieg gleichzeitig erstmals mit Erfolg ihre «Erdölwaffe» eingesetzt. Es war ein zweiseitiges Schwert, das damit aus der Scheide gezogen wurde, aber es war – zumindest kurzfristig – recht wirksam. Dabei erkannten die arabischen erdölproduzierenden Länder recht bald, dass weniger mit Boykott und Embargo als mit *Preissteigerungen* etwas zu erreichen war, die zum Teil ohnehin nur einem sachlich durchaus vertretbaren Nachholbedarf entsprachen.

Nicht nur das Mittel war wirksam, sondern auch der *Zeitpunkt* gut gewählt, zu dem es eingesetzt wurde. Die «Erdölwaffe» kam gerade in dem Moment ins Spiel, als in den Industrienationen nach einer Periode akzelerierenden Fortschrittes des technischen und wirtschaftlichen Wachstums ernste Zweifel laut geworden waren, ob dieses scheinbar von keinen Grenzen beengte Streben sinnvoll und weiter vertretbar sei. Die Umriss der heraufziehenden Energiekrise hatten sich schon längst abgezeichnet; die Drohung mit einer Beschränkung der Erdölfuhrer aus den arabischen Ländern machte sie aber erst einer breiteren Öffentlichkeit bewusst; sie wurde so zu einem erstrangigen Politikum. Zudem fiel die arabische Drohung mitten in eine Zeit weltweiter Inflation und fortschreitenden Währungszerfalls. Beides erhielt durch den Einsatz der «Erdölwaffe» weiteren Auftrieb. Die Industrienationen liefen Gefahr, in eine wirtschaftliche und technologische *Krise unbekanntes Ausmasses* zu geraten.

... und seine Auswirkungen

Damit aber erreichte der Nahostkonflikt eine Dimension, die ihn über seine

regionalen Bedingungen hinaushob. Zwar waren die beiden Supermächte seit je von ihm tangiert worden, aber sie hatten sich bemüht, jede auf ihrer Seite, durch ein mehr oder minder starkes Einsetzen ihres Einflusses, ihres Prestiges wie ihrer materiellen Hilfe das *Gleichgewicht* im östlichen Mittelmeer zu erhalten. Dass dabei seit 1948/49 die Fronten nicht immer gleich gelaufen waren, sei nur am Rande erwähnt. Zumindest seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hatte sich jedoch die Balance vor allem dadurch erhalten lassen, dass die USA als Rückenstärkung für Israel wirkten, während die Sowjetunion mehr oder minder nachdrücklich die arabische Position unterstützte. Das funktionierte vor allem in Zeiten erhöhter Spannung und sich verschärfender Krisen, indem jede Seite über die Belastbarkeit der eigenen und der gegnerischen Stellung ziemlich klare Vorstellungen zu haben schien, so dass sich die Bildung von Übergewichten schnell beheben liess.

Diese kunstvolle Ausgewogenheit ist seit dem Oktober 1973 über den Haufen geworfen worden. Denn nicht nur wirtschaftlich reagiert das Gefüge der westlichen Industrienationen empfindlich wie ein Seismograph auf alle Erschütterungen des Nahen Ostens, sondern auch *politisch*. Zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern im westlichen Europa tat sich wegen des unterschiedlichen Grades der Abhängigkeit vom arabischen Erdöl eine neue Kluft auf, und auch innerhalb Westeuropas selbst drohten angesichts der krass zutage tretenden *nationalen Egoismen* neue Rückschläge in der ohnehin nur schleppend vorangehenden Integration.

Moskaus ambivalente Stellung

Wenn es trotz dieser chaotischen Verwirrung, die der Nahostkonflikt über die westliche Welt heraufbeschworen hat, der Sowjetunion nicht gelungen ist, aus diesen Zerwürfnissen für sich übermässig viel Kapital zu schlagen, so liegt das einmal in der *besonderen Stellung*, welche Moskau seit bald zwei Jahrzehnten im östlichen Mittelmeer einnimmt. Ungeachtet aller verbal recht eindrucksvollen Solidaritätsdemonstrationen ist es Moskau nicht gelungen, im arabischen Bereich so Fuss zu fassen, dass seine Position eine unanfechtbare gewesen wäre. Der Kreml hat hier eine recht *flexible Politik* getrieben, die ihm alle Möglichkeiten – auch jene eines vollständigen Desinteresses – jederzeit offen liess. In den meisten komplizierten Situationen des Nahostkonfliktes hat Moskau es tunlichst vermieden, sich allzusehr zu exponieren und selbst vorübergehende Prestige-Einbussen in Kauf genommen, indem es für Monate praktisch von der Bühne verschwand und dort die amerikanischen Gegenspieler fast allein agieren liess.

Diese offensichtliche *Zurückhaltung* hat auf der andern Seite ihren Grund darin, dass die Sowjetunion, im gegenwärtigen Zeitpunkt wenigstens, nicht gewillt erscheint, die seit Jahren verfolgte «Entspannungs»-Politik gegenüber Washington ernsthaft zu gefährden. Selbst die Aufkündigung des Handelsabkommens mit Amerika, so wenig sich diese Aktion schon jetzt in ihrer vollen Tragweite überblicken lässt, könnte durchaus den Charakter einer demonstrativen Geste haben und nicht mehr. Was immer auch die letzten Ziele und Absichten dieses Kurses sein

mögen, der Nahostkonflikt jedenfalls scheint für die Machthaber im Kreml nicht der gegebene Anlass zu sein und in ihren Augen nicht eine Grössenordnung einzunehmen, die es rechtfertigen würde, in eine globale militärische Konfrontation zu schliddern. Hier hat Moskau die Landmarken ziemlich eindeutig abgesteckt.

Washingtons Bewegungsfreiheit

Damit erhalten die USA eine gewisse Bewegungsfreiheit in ihrem Bemühen um eine *schrittweise Beilegung* des Konfliktes. Die Anfänge, die zwischen Januar und Mai 1974 mit den Entflechtungsabkommen am Suezkanal und auf den Golanhöhen erreicht worden sind, haben bisher keine Fortsetzung gefunden, und es zeigt sich, dass von Etappe zu Etappe die Schwierigkeiten wachsen. Die in letzter Zeit aus Washington vernehmbaren kryptischen Andeutungen über mögliche militärische Interventionen wird man wohl *cum grano salis* nehmen müssen. Sie bedeuten weniger eine konkrete Drohung als eine unmissverständliche Geste, dass von arabischer Seite das mit so viel Erfolg geübte Spiel der Nötigung und Erpressung nicht unbegrenzt weiter gespielt werden kann, ohne dass ein Bumerangeffekt eintritt. Eine baldige Lösung des Nahostkonflikts freilich zeichnet sich durch solche Symptome der Taktik nicht ab, und ein eventuelles neues *Zwischenarrangement* schliesst die Gefahr eines weiteren Waffenganges nicht aus. Eine Konfrontation, die bereits eine Generation dauert, schleppt sich mit all ihren Implikationen weiter.

Alfred Cattani

AMERIKA VOR SEINEM GEBURTSTAG

Es war Richard Nixons Traum, im Amt zu sein, wenn die Vereinigten Staaten den 200. Jahrestag ihrer Gründung feiern würden. Aber auch ohne Nixon bereiten sich die Regierung des Landes und zahlreiche Städte auf den 4. Juli 1976 und auf die vielen Veranstaltungen vor, die sich auf das ganze Jahr verteilen. Heute ist es schwierig, die Lage der Nation so weit im voraus zu beurteilen; man kann lediglich feststellen, dass die gegenwärtige Stimmung alles andere als sorglos und festlich ist. Nicht dass Watergate, das Beinahe-Impeachment, die Amtsniederlegung usw. eine Narbe in Amerikas Seele zurückgelassen hätten: das Problem ist vielmehr, dass Amerika überhaupt keine Seele zu haben scheint, es sei denn, man wolle jenes Kunstprodukt, das Washington unter Gerald Ford über die Fernsehsender in die Häuser der Bürger zu projizieren bemüht ist, als Seele bezeichnen. Nicht nur die sogenannten Minderheiten – und jeder ist heute eine «Minorität»: die Frauen, die Schwarzen, die Schulkinder, die Homosexuellen, die Studenten – haben einen zentrifugalen Kurs eingeschlagen. Auch die Durchschnittsamerikaner fragen sich, wohin denn dies alles führen soll. Der europäische Besucher, der sich mit Amerikanern aus den verschiedensten Kreisen unterhalten hat, kommt zur oberflächlichen Feststellung, dass Amerika immer noch solide, patriotisch, sogar fleissig und religiös ist, er ist jedoch nicht in der Lage, die darunterliegende Unruhe und Furcht, den Vertrauensverlust und das allgemeine Malaise auszuloten.

Zusammenbruch der Autorität

Bevor wir den Gründen des Malaises nachgehen, wollen wir uns die Lage an der Oberfläche näher ansehen. Es wäre einfach falsch zu sagen, dass Nixon/Watergate Amerika erschüttert hätte. Im Gegenteil: wie die alten Römer brauchen auch die Amerikaner periodische Saturnalien als eine Art Sicherheitsventil für ihr puritanisch aufgebautes Gemüt; sie brauchen eine grossangelegte moralische Zirkusdarbietung mit guten und bösen Kerlen und als Hintergrundfigur die feierlich in das Gewand der Tugendhaftigkeit eingehüllte Demokratie. Es gab da den McCarthyismus, die Ermordung der Brüder Kennedy, das Johnson/Vietnam-Drama und vor kurzem die Verirrungen Nixons am Bildschirm. Tatsache ist, dass Amerika schon lange vor Watergate erschüttert worden war, was durch die Fortdauer und Verstärkung der Krise bewiesen wird. Die Bezeichnung für die Krise kann leicht gefunden werden, aber niemand will das Ding beim Namen nennen: es ist der völlige Zusammenbruch der Autorität. In andern Ländern, wo man für Autorität kaum etwas übrig hat, mag das noch toleriert werden, aber in den Vereinigten Staaten sind die Menschen stolz darauf, dass ihre Autoritäten gewählt werden, von der Schulleitung bis zur Präsidentschaft. Zugleich mit der Autorität schwindet auch die politische Glaubwürdigkeit dahin; in einem Vakuum, sozusagen ohne Bezug zur Realität, werden Gesetze geschaffen und Massnahmen getroffen. Seit Nixon die

Preiskontrolle erliess, ist die Inflation dauernd angestiegen, und keine Public-Relations-Aktion, wie Gerald Fords zum xtenmal als Universalheilmittel angekündigte achtprozentige Zusatzsteuer, kann das sozio-ökonomische Bild ändern, das so alt ist wie die Menschheit: Die zusätzlichen Kosten für die Bezahlung der Nichtarbeitenden und für die abnehmende Produktion können nur bestritten werden, indem man diejenigen stärker belastet, die unternehmerischen Geist und demzufolge ein höheres Einkommen besitzen. Das Resultat ist eine wirtschaftliche Demoralisierung: Dutzende kleiner und mittlerer Betriebe schliessen täglich; sogar im freizügigen und unternehmungslustigen Kalifornien erleidet der Kapitalanleger am Aktienmarkt grosse Verluste wegen Nichtbezahlung von Zinsen und Schulden; Leute mit Geld werden von Panik erfasst, weil das Geld seinen Wert verliert und die Kapitalisierungskosten unermesslich hoch sind. An der Oberfläche ist dies zwar mit Prosperität nicht unvereinbar: die Leute haben Geld. Besonders die ehemals unteren Klassen und die Schwarzen sehen ihre Taschen anschwellen und geben Geld aus für die einstmals unerreichbaren guten Dinge des Lebens. Am andern Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter investieren die grossen Gesellschaften in enormen Bürogebäuden und Wohnhäusern, welche fantastische Renditen bringen sollten, aber halbleer bleiben, weil im Geschäftsleben die Ausgaben reduziert werden und man ohnehin die grossen Städte mit ihren Ungewissheiten und Ängsten zu meiden sucht. Die Grossbauten stehen da in der Hoffnung, dass die investierten Mittel wenigstens bis zum Eintreffen besserer Zeiten eingefroren sind.

Wachsende Diskrepanzen

Zahlreiche andere Diskrepanzen zwischen der befolgten Politik und den wirklichen Bedürfnissen springen in die Augen. So zum Beispiel das «Busing» der Schulkinder und die nachbarschaftliche Integration. Der Leser ist orientiert über die eigentlichen Kämpfe, welche in nördlichen, sogenannten «liberalen» Städten von weissen Eltern gegen die erzwungene Unterbringung ihrer Kinder in gemischte Schulen geführt werden, wo Rassenkämpfe so alltägliche Ereignisse sind, dass die Polizei in Höfen und Korridoren ständig patrouillieren muss und wo das Unterrichten, wenn es diesen Namen noch verdient, häufiger aufgehoben statt durchgeführt wird. Zurzeit herrscht in Boston wegen der Busing-Auseinandersetzung ein bürgerkriegsähnlicher Zustand, so dass weder der Bürgermeister noch die Gemeindebehörden noch die Rassenführer damit fertig werden. Aus dem fernen Washington klagt Präsident Ford über die ganze Angelegenheit, aber das ideologisch inspirierte Gesetz steht: ohne Rücksicht auf die Opfer muss die Integration weiterschreiten.

Das dritte Beispiel ist nicht neu, aber kurz nach Watergate entbehrt es nicht der Ironie. Die Gegner der Ernennung Rockefellers zum Vizepräsidenten haben auch in seinem Schrank ein Skelett gefunden: im Jahre 1970 bedrohte Arthur Goldberg, sein demokratischer Gegner, Rockefellers Stellung als Gouverneur. Sein Mitarbeiterstab veranlasste (mit oder ohne Wissen Rockefellers? Auch hier wieder ein «Watergate» ...), dass eine Biographie Goldbergs geschrieben und veröffentlicht wurde, welche den demokratischen Kandidaten in einem sehr schlechten

Licht darstellte. Das Buch wurde nicht nur mit den Mitteln Rockefellers finanziert, sondern in seiner ganzen Auflage von 100 000 Stück in einer Paperback-Ausgabe zur freien Verteilung an die Wählerschaft aufgekauft. Rockefeller hat gewonnen, aber der Skandal um ihn wächst und sein Name ist Korruption, unehrliche Kampagne und gefährliche Verwendung des Familienvermögens. Der neue Vizepräsident startet mit einem Mühlstein um seinen politischen Nacken, welcher seine präsidentiellen Ambitionen vereiteln könnte. Unnötig zu sagen, dass die ganze Affäre auch Präsident Ford schadet, der ohnehin immer heftiger angegriffen wird, weil er seinen Vorgänger begnadigte.

«Unamerikanisches» Amerika

Inflation, Korruption, bürgerkriegsähnliche Kämpfe – all dies in einem Land, wo Wohlstand, Ehrlichkeit und friedliches Zusammenleben unter den Bürgern eine wirkliche oder zumindest mythische Errungenschaft waren, welche das Volk mit Stolz erfüllte und die Nation mit jenem Zement ausstattete, welchen ältere Nationen in der Erinnerung an ihre Entstehungsgeschichte fanden. Es muss immer und immer wieder gesagt werden, dass diese Nation der Einwanderer zu einer Einheit zusammengeschmiedet wurde durch das Versprechen, dass hier die Menschen frei sein würden, reich durch das Werk ihrer Hände, friedlich und tolerant. Amerika ist das Nicht-Europa oder das Gegen-Europa, wo der Einwanderer die Angst vor Kriegen, Revolutionen, einer korrupten Oberschicht und Armut hinter sich lässt. Es ist deshalb äusserst gefährlich für die nationale Einheit Ame-

rikas, die Amerikaner in eine Situation zu stürzen, für welche ihr Gesellschaftsvertrag sie nicht vorbereitet hat. Der Leser möge sich vor Augen halten, dass es in diesem Land die schlimmste Beschimpfung war, jemanden als «unamerikanisch» zu bezeichnen. Und jetzt stellen wir fest, dass die Lebenssubstanz selbst «unamerikanisch» geworden ist, dass sie den «way of life» bedroht, also jene Losung zurückweist, auf die die Regierung sich früher verlassen hat. Der Puritanismus wird zum Hedonismus (was kein Widerspruch ist!), Salem wird zu Sybaris, wenn nicht zu Sodom. Kann Amerika diese Spannung ertragen?

Auf diesem Hintergrund hat auch das Zweiparteien-System seine Glaubwürdigkeit verloren und, wie in England, hat sich auch in den Vereinigten Staaten keine Alternative abgezeichnet. Andererseits ist die Ära der wenn nicht grossen, so doch spektakulären Präsidentenpersönlichkeiten wie Eisenhower, Kennedy, Nixon, ganz zu schweigen von den legendären Männern wie Roosevelt und Truman, vorbei; von jetzt an wird Volksgunst die Parole sein und nicht Weltpolitik, Herrschaftsanspruch und internationales Format. Gerald Ford ist «einer aus der Masse», und Gouverneur Wallace wäre eine Art «Volkswahl» par excellence – wenn die Presse des Nordens ihn nicht bereits als «Rassisten» bezeichnet hätte. Ist jedoch die Präsidentschaft noch das, was sie in den dreissiger und vierziger Jahren war, nämlich eine prestigereiche Position? Entspannung und Watergate haben vielleicht Macht und Ansehen des Präsidentschaftsamtes geschwächt, und gleichzeitig verliert auch der Kongress jene Mitglieder, deren exponierte Stellung Washington in die Intrige geführt

hat. Die aufsteigende Macht (um ihren Verlauf aufzuzeigen, würden wir einen neuen Montesquieu benötigen) ist die Macht der Massenmedien, der einzigen Sieger der epischen Kämpfe der sechziger und siebziger Jahre. Die vom Kongress, vom Präsidenten und von den Gerichten, aber auch von den Institutionen Armee, Universitäten, Familie, Privateigentum verlorene Macht hat sich in den Händen der Presse- und Fernsehleute vereinigt. Von Johnson und Nixon sagte man, sie hätten gezittert, wenn sie die *New York Times* oder die *Washington Post* öffneten, welche sie wegen Vietnam, Kambodscha, den Pentagon-Papieren, Bangla Desch, der Amnestie für Deserteure tadelten. Ford muss jetzt dasselbe empfinden, wenn er gewarnt wird, dass die Flitterwochen vorbei seien, dass seinen Mitarbeitern nachgeforscht werde und dass seine Begnadigung Nixons ihn gemäss der letzten Gallup-Umfrage 21% der Popularität gekostet hat. Raymond Cartier hatte recht, als er kürzlich an einem Kulturkongress in Nizza erklärte, dass es die Massenmedien in Amerika fertiggebracht hätten, zwei Präsidenten zu erledigen, die ihre Sache gar nicht so schlecht gemacht hatten; Amerika zur Aufgabe eines Krieges zu veranlassen, aus dem es beinahe als Sieger hervorgegangen wäre; einer Grossmacht die Politik vom Standpunkt der Partisanenpolitik aus zu diktieren. Der grosse Journalist des *Paris-Match* fügte sogar hinzu, dass die amerikanische Presse gezeigt habe, dass die Pressefreiheit nicht ein reiner Segen sei.

Unsichere Zukunft

Nach diesem kurzen Überblick über die Lage an der Oberfläche wollen wir nach

den Ursachen forschen. Sind diese geistiger, geschichtlicher, soziologischer Art, alles zusammen oder nichts davon? Im Laufe der vorherigen Analyse habe ich auf einige Ursachen hingewiesen oder darauf, was mir als Ursache vorkam: das plötzliche Aufgeben der puritanischen Seele, der nicht-eingehaltene «Gesellschaftsvertrag», der zum Teil zu eng konzipiert war, die zentrifugalen Minderheiten, welche höhere nationale Symbole nicht in Schach zu halten vermögen und welche sich niemandem gegenüber zur Loyalität verpflichtet fühlen. Das Land ist zu gross und zu komplex, als dass das entfernte Raunen dieser Gefahren überall und von jedermann gehört werden könnte; die Ellbogenfreiheit existiert in Amerika weiterhin, dem Tüchtigen bieten sich immer noch Gelegenheiten, und man kann immer noch in der Masse «verschwinden» – im guten oder im bösen Sinn. Gleichzeitig wächst jedoch die Unsicherheit in fast jeder Hinsicht, und damit der Anspruch an das Heute, weil für das Morgen noch nichts gewiss ist. Die Studenten haben keine Sicherheit in bezug auf einen Arbeitsplatz; die jungen Offiziere sind unsicher wegen ihres Status in einer sich auflösenden Armee, Eltern wegen Drogen- oder Sexualprobleme oder wegen des kriminellen Lebensstils ihrer Kinder; der Geschäftsmann wegen der nächsten Steuer, der bürokratischen Kontrolle oder dem Druck der Gewerkschaften. Der Universitäts-Campus gleicht einem enormen Zigeunerlager, obwohl sich die Professoren nur rein privat zu beklagen wagen über die Nutzlosigkeit des Unterrichts vor einer total uninteressierten Masse junger Schlendriane, welche nicht einmal mehr Interesse an einem Beruf haben (da sie ja doch von je-

mandem unterstützt werden) und, wenn es Mädchen sind, nicht mehr ans Heiraten denken (Pille und Abtreibung ermöglichen ihnen ja ein problemloses Sexualleben) – die letzte Freiheit, welche die Demokratie gewährleisten kann.

So taucht ein merkwürdiges Phänomen am Horizont auf, da Amerikas Geburtstag heranrückt. Man könnte es mit den zwei letzten Jahrhunderten Roms vergleichen: im 5. und 6. Jahrhundert könnte es von Rostovzeff und andern mit «Proletarisierung» bezeichnet werden; im zwanzigsten Jahrhundert kommt einem der Ausdruck «Dritte Welt» in den Sinn. Es ist wahr, dass in unserer Zeit die Ausdrücke Westen und Osten nicht mehr allzuviel bedeuten: der erste ist bedroht von Nihilismus, orientalischen Sekten, okkulten Konfessionen, esoterischen Kulturen; der zweite (Japan, Taiwan, Indochina) von einer sturen Industrialisierung, dem Zusammenbruch der Familie, marxistischer Ideologie, sinnentleerten Traditionen. Die Vereinigten Staaten wollen jedoch weder Osten noch Westen; sie wollen eine Synthese, eine fortschrittliche Auflage der Weltzivilisation sein. Und vielleicht ist dies das Land auch tatsächlich geworden.

Viele Symptome könnten angeführt

werden, um zu zeigen, dass Amerika zu einer Art reichem Land der Dritten Welt wird, welches im Namen des «Pluralismus» jene Elemente begünstigt, die es zernagen. Es ist nicht unmöglich, dass alle oder jedenfalls die meisten der Länder, die von Europäern zwischen 1500 und 1900 unter entfernten Himmeln und in exotischer Umgebung gegründet wurden, in ihr Schicksal die Assimilation an lokale Bedingungen, lokale Bevölkerungen und das lokale Lebensgesetz schrieben. Wer weiss, wie sich etwa Südafrika, Australien, Brasilien, Mexiko entwickeln werden ... Das Beispiel der Vereinigten Staaten ist natürlich ein Fall *sui generis* insofern, als die Amerikaner bei ihrer Landung nur relativ wenig Eingeborene (Indianer) vorfanden und es vorzogen, das zu importieren, was Toynbee ihr «internes Proletariat» nennt.

Natürlich ist die Zukunft offen ... Aber in diesen Jahren der Selbsterforschung, sogar der agonisierenden Selbsterforschung, kommen die Amerikaner auf seltsame Gedanken. Wird sie der bevorstehende Geburtstag vertreiben und dafür erleuchtete bringen?

Thomas Molnar

DIE EG ZWISCHEN NATIONALEM EIGENSINN UND ATLANTISCHER KONKURRENZ

Nach dem Pariser Gipfel: mit gestärkten Organen aus dem Wellental heraus?

Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat sich im vergangenen Jahr weiter an den Grenzen des Zusammenhalts entlanggetastet, den sie in ihrer gegenwärtigen

Verfassung überhaupt erreichen kann. «Verfassung» ist hier durchaus in einem staatsrechtlichen Sinne gemeint: nicht jenem der Verträge, son-

dern des tatsächlichen Zustandes, der ihnen nicht gerecht wird. Die EG ist praktisch ein Verband von Staaten, die sich auf allen Gebieten ihre volle Souveränität vorbehalten und nur bei einstimmigem Konsens gemeinsam handeln können. Diese EG hat 1974 einigermassen bewahrt, was in besseren Zeiten geschaffen wurde: in der Zollunion blieb der protektionistische Rückfall Italiens mit dem Importdepot eine Einzelercheinung, und die gemeinsame Verwaltung des Agrarmarktes wurde mit zahlreichen Ausnahmen und währungstechnischen Kunstgriffen weitergeführt. Wie mühsam aber der weitere Ausbau der EG zur geplanten Wirtschafts- und Währungsunion ist, hat gerade der konkreteste Beschluss des Pariser Gipfels vom Dezember gezeigt: die Errichtung eines Regionalfonds. Die Regierungschefs mussten Höhe und Verteilung selber festlegen, da dies dem EG-Ministerrat nach den Grundsatzentscheidungen der vorangegangenen Gipfel von 1972 und 1973 nicht gelungen war. Nach der ursprünglichen Konzeption sollte der Regionalfonds in ein stufenweises Zusammenkoppeln aller wirtschaftspolitischen Bereiche eingebettet sein, doch davon ist nur eine vage «Konvergenz» geblieben: die Gefahren der Inflation und der Arbeitslosigkeit sind beide so bedrohlich geworden, dass kein EG-Land es sich mehr erlauben kann, wegen der einen die andere zu vernachlässigen. Von Opferbereitschaft als Konsequenz dieser Einsicht aber sprachen die Regierungschefs in Paris nicht, und auch auf die Gretchenfrage «Energie» blieben sie jede Antwort schuldig. Gerade die Energiepolitik wird ein Testfall für die Wirksamkeit des wichtigsten Gipfelbeschlusses im institutionellen Ge-

biet sein: der Arbeitstreffen, die die Regierungschefs mindestens dreimal jährlich abhalten wollen.

Amerika, mit dir geht's besser

Dass sogar bei der Energie mit blosser zwischenstaatlicher Zusammenarbeit konkrete Solidarität zu erreichen ist, hat 1974 die «Zwölfergruppe» gezeigt – in einem für EG-Beobachter atemraubenden Tempo. Die Washingtoner Energiekonferenz vom Februar gründete eine Arbeitsgruppe hoher Beamter aus den USA, Kanada, Japan, Norwegen – und den EG-Ländern ohne Frankreich. Im November wurde daraus die Internationale Energieagentur (IEA) der 16 (Norwegen hielt sich heraus, dafür stiessen Schweden, die Schweiz, Österreich, Spanien und die Türkei dazu). Kernstück der IEA ist ein Teilungsplan für Erdölkrisen, der nur von einer qualifizierten Mehrheit ausser Kraft gesetzt werden kann. In seinen andern Teilen ist das Programm der IEA durchaus «EG-artig»: Absichtserklärungen über die Einsparung von Energie, die Entwicklung neuer Quellen und den «Dialog» mit den Ölländern. Darüber hinaus haben die USA einen der IEA ähnlichen, aber nicht zugehörigen Mechanismus vorgeschlagen, mit dem aus Ölländern rückinvestierte Dollars an die bedürftigsten Industrieländer weitergegeben werden sollen – unter wirtschaftspolitischen Auflagen. In all diesen Fragen nimmt das Energieproblem jene Globalität an, die der EG mit der zwischenstaatlichen Methode so schwer zu schaffen macht: es geht nicht mehr um Einzelmassnahmen, sondern um die ganze Wirtschafts- und Aussenpolitik. Um die Ängstlichkeit in der Bewahrung kurz-

fristiger nationaler Interessen zu überwinden, verfügt die IEA über einen wirksamen, aber auch spannungsgeladenen Faktor: das Vorhandensein einer dominierenden Macht (auch wenn sich die USA mit einer Stimmenminderheit begnügt haben). Dagegen besteht die historische Originalität des Experimentes EG gerade darin, dass es ohne Hegemonialmacht «auskommen» und daher dem Ganzen eine besonders überzeugende Rolle zuweisen muss.

Die Verteidigung als Angelpunkt

Schon die NATO-Gründung 1949 setzte ein Exempel dafür, wie rasch man sich um einen «grossen Bruder» scharen kann, besonders wenn man sich von aussen bedroht fühlt. Doch trotz «integrierter Militärorganisation» (seit de Gaulle ohne Frankreich) ist aus der NATO keine gemeinsame Armee geworden. Während es dazu eine Vereinheitlichung der Waffen bräuchte, hat die NATO mit einer unwahrscheinlichen Vielfalt «zu kämpfen»: jedem Mitglied liegt die eigene Rüstungsindustrie am nächsten. Dass nicht nur diese, sondern die ganze Wirtschaftspolitik in Zusammenarbeit betrieben werden muss, wenn das Bündnis auf solider Basis stehen soll – das steht als Grundsatz schon im NATO-Vertrag, und auch in der Jubiläumserklärung vom letzten Jahr liess man es bei dem Prinzip bewenden, obwohl die USA eine verstärkte wirtschaftliche und aussenpolitische Konsultationspflicht angestrebt hatten. Während im atlantischen Rahmen die institutionelle wirtschaftliche Zusammenarbeit erst mit der IEA verbindliche Formen angenommen hat, ist umgekehrt im europäischen Bereich die

Verteidigung fast tabu, seit 1954 der Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am Nein des französischen Parlamentes scheiterte. Obwohl während de Gaulles innerem Exil zustande gekommen, zeigte dieses Nein durchaus gaullistische Züge: die Gegner fanden die EVG zugleich zu europäisch-überstaatlich (gemeinsame Armee) und zu atlantisch (Eingliederung in die NATO).

Von der Wirtschaft zum politischen Sachzwang

Die europäische Einigungsbestrebung begab sich zurück auf das wirtschaftliche Geleise, das sie 1951 mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) geschaffen hatte: 1957 folgten die Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Atomgemeinschaft (Euratom). Während die Euratom zum Leidwesen der heutigen Energieplaner praktisch im nationalen Eigensinn versumpfte, hat die EWG wesentliche Vertragsziele erreicht: Zollfreiheit im Innern und gemeinsame Handelspolitik nach aussen, Freizügigkeit der Arbeitskräfte (mit Ausnahme der reglementierten «freien» Berufe), Agrarpolitik. Dagegen ist man in Vertragsbereichen wie der Verkehrspolitik und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs nicht recht vom Fleck gekommen. Ausserdem war der EWG-Vertrag nur als erster Schritt gedacht – den Gründern war bewusst, dass er nur Bestand haben kann, wenn darüber hinaus weitere wirtschaftliche und auch politische Einigung erzielt wird. Dieser Sachzwang hat zwar dazu geführt, dass die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in fast jedem Bereich der öffentlichen Tätigkeit (mit Ausnahme

der Verteidigung) Studien und Programme verfasst – doch die Beschlüsse lassen auf sich warten. Überall stösst man auf die Kernfrage, wie die nationalen Interessen ins Gesamtinteresse eingeordnet werden sollen. Bei allem Pragmatismus kommt die jetzige politische Führungsgeneration in der EG nicht um die alte Streitfrage der «Supranationalität» herum: muss ein Mitglied von einer Gemeinschaftsbehörde oder von der Mehrheit der andern Mitglieder Vorschriften hinnehmen? Der EWG-Vertrag ist in dieser Hinsicht sehr sorgfältig dosiert worden. Die – nationalen Weisungen unzugängliche – Kommission macht Vorschläge, über die der – aus Vertretern der Mitgliedregierungen zusammengesetzte – Ministerrat entscheidet:

- Mit qualifizierter (gelegentlich sogar einfacher) Mehrheit, wenn es darum geht, das im Vertrag enthaltene Programm zu verwirklichen und nachher die Beschlüsse laufend anzuwenden (soweit diese Aufgabe nicht der Kommission direkt übertragen wird);
- mit Einstimmigkeit bei Abweichung von den Kommissionsvorschlägen, bei Grundsatzfragen und beim Ausbau der Gemeinschaftstätigkeit nach der Entwicklungsklausel des Vertrags.

De Gaulles Hinterlassenschaft

Kaum war jedoch dieser mögliche Vorläufer eines Bundesstaates geschaffen, so kam in Frankreich de Gaulle wieder an die Macht, und mit ihm die Idee eines «Europa der Vaterländer», deren Führer miteinander ihre hohe Politik

verabreden sollten. Regelmässige Gipfeltreffen waren 1961 das Kernstück des nach dem gaullistischen Diplomaten Fouchet benannten Plans einer Politischen Union. Frankreichs EG-Partner, vor allem die Benelux-Länder, befürchteten aber, ein derartiges «Dach» würde die Ansätze der EG-Verträge zu supranationalen Entscheidungsmechanismen wieder ersticken. Das geschah dann ohnehin: ab 1965 beanspruchte Frankreich für alle «sehr wichtigen» Fragen die Einstimmigkeitsregel, anders herum gesagt das Vetorecht des einzelnen. Die anderen EG-Mitglieder protestierten zunächst, schlossen sich dann aber in der Praxis an. Seitdem fasste der Ministerrat praktisch nur noch dann Beschlüsse, wenn er einen allseits akzeptablen Kompromiss finden konnte – und das auch in weniger wichtigen Dingen. In eine EG von de Gaullescher Prägung hätten auch die souveränitätsbewussten Briten gut eingepasst – doch wollte sie der General aus einem anderen Grunde (noch) nicht dabei haben: sie waren ihm zu «atlantisch», zu amerikafreundlich. Gerade das war auch ein Grund, weshalb die anderen EG-Länder auf den britischen Beitritt drängten, obwohl sie wissen mussten, dass mit den Briten kein (Bundes-)Staat zu machen wäre. Ein umfassendes Europa könnte aber auch in lockerer Form ein respektabler Partner der USA werden, während ein «Kerneuropa der Vaterländer» gaullistischer Observanz zwischen amerikanischen Tisch und sowjetische Stühle fallen müsste. Dieser Gefahr steht allerdings die absolute – und von de Gaulle wahrscheinlich unterschätzte – Bündnistreue der Bundesrepublik gegenüber den USA entgegen. Als mit de Gaulles Rücktritt der Weg für die Bri-

ten frei wurde, erleichterte ihnen gerade die Hinterlassenschaft des Generals, das Vetorecht im Ministerrat, den Entschluss zum Beitritt.

Vom «Europäischen Rat» zur «Europäischen Union»?

Für die aussenpolitische Zusammenarbeit fanden die EG-Länder auch ohne «Politische Union auf Gipfelebene» eine rein zwischenstaatliche Form: Ausenministertreffen ohne feste Regeln, säuberlich getrennt vom EG-Ministerrat. Bis 1980 sollte laut dem Pariser Gipfel von 1972 «die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umgewandelt» werden, doch besteht – zum Misstrauen der britischen Labour-Regierung – noch keinerlei Klarheit darüber, wie ähnlich dieses Gebilde einem Bundesstaat sein soll. Ohne das Stichjahr 1980 noch zu erwähnen, haben nun die Regierungschefs auf ihrem Dezember-Treffen beschlossen, eine Gesamtkonzeption der «Europäischen Union» erarbeiten zu lassen, und dazu beim belgischen Premierminister Leo Tindemans einen Bericht bestellt. Tindemans hat in seinem Land ein Föderalismus-Experiment gestartet: die Mitglieder von Zentralregierung und -parlament treten nun auch in regionalen Komitees zusammen. Hier vom Zentrum her könnte diese Idee einer Personalunion zwischen Teilen und Ganzem in der EG von den Mitgliedern her verwirklicht werden. In diese Richtung weist der Gipfelbeschluss, nach dem die Regierungschefs künftig eine Art oberstes EG-Organ bilden, inoffiziell «Europäischer Rat» genannt. Damit wird – in einem Vorgriff auf die Union – die Zusam-

menarbeit innerhalb und ausserhalb der Verträge zusammengefasst. Soweit es um Vertragsmaterien geht, wollen die Regierungschefs wie ein gewöhnlicher Ministerrat arbeiten. Damit ist der Verdacht entkräftet, die Gipfelpolitik solle die Vertragsregeln weiter aushöhlen. Giscard liess auch seinen Vorschlag fallen, für die Treffen der Regierungschefs solle ein eigenes Sekretariat geschaffen werden. Das hatte vor allem die Benelux-Länder unangenehm an Pompidous Vorstoss erinnert, in Paris ein «Politisches Sekretariat» einzurichten, das für die EG-Organ eine Konkurrenz hätte bedeuten können.

Die Briten als Bremser

Giscard hat noch in zwei weiteren Punkten bewiesen, dass er die gaullistische Abneigung gegen die EG-Organ nicht teilt: bei der direkten Wahl des EG-Parlamentes durch das Volk und beim Vetorecht im Ministerrat – doch nun hat Grossbritannien die Bremserrolle übernommen. Frankreich schlug vor, genau zu definieren, welche «lebenswichtigen Fragen» Einstimmigkeit erfordern sollen, doch während einige Länder – namentlich der Benelux – finden, man solle sich da einfach wieder an die Vertragsregeln halten, wollen andere – vor allem Grossbritannien – die Wichtigkeit jeder Vorlage selber beurteilen. Der letzte Gipfel beschränkte sich daher auf den guten Vorsatz, «auf die Praxis zu verzichten», nach der alle Entscheidungen des Ministerrates von der Einstimmigkeit abhängig gemacht werden. In dem Gesetzgebungsverfahren der Gemeinschaft – das somit wieder besser funktionieren könnte – soll nun auch das Parlament «bestimmte

Befugnisse» erhalten. Zurzeit hat es nur beim Budget ein gewisses Mitentscheidungsrecht und sonst rein beratende Funktion. Es besteht aus Vertretern der nationalen Parlamente, doch ist die Volkswahl schon im EWG-Vertrag als Ziel genannt. Vor Giscard sträubte sich Frankreich gegen die «Gefahr», ein vom Volk gewähltes EG-Parlament könnte supranationale Kompetenzen erlangen. Nun hat der Gipfel das Ziel gesetzt, 1978 die ersten EG-Wahlen abzuhalten. Der Altgaullist Michel Debré hat darauf mit dem Alarmruf reagiert, Frankreich sei nicht nur «supranational» bedroht, sondern auch von innen: bei den Wahlen zum EG-Parlament würden elsässische, bretonische und andere Regional-Listen auftauchen. Das hat durchaus seine Logik: der Zentralstaat, der nach *aussen* auf den Föderalismus eingeht, ist auch im *Innern* nicht davor gefeit. Solche Überlegungen könnten auch in Grossbritannien eine Rolle spielen. Grossbritannien hat – wie übrigens auch Dänemark – das Wahldatum 1978 nicht akzeptiert und will überhaupt erst nach der «Neuverhandlung» seiner Mitgliedschaft zur

Frage der Wahlen Stellung nehmen. Bislang haben ja die Labour-Abgeordneten ihre Sitze in der EG-Versammlung gar noch nicht eingenommen. Die Briten sind zwar leidenschaftliche Parlamentarier – aber in erster Linie, wenn es um ihr eigenes Parlament geht, das nicht leicht eine Konkurrenz hinnehmen wird. Die britische Teilnahme an EG-Wahlen wird daher auch noch umstritten sein, wenn der Entscheid über die weitere EG-Mitgliedschaft positiv ausfällt – was wahrscheinlicher geworden ist, seitdem der Gipfel das Prinzip eines Budget-Ausgleichsmechanismus akzeptiert hat.

Auch ohne die «britische Hypothek» ist es für die EG schwierig genug, ihre Entscheidungsmechanismen nicht nur auf dem Papier, sondern im tatsächlichen Funktionieren zu verbessern. Es ist ihr dabei keinerlei Schonfrist vergönnt: die Wirtschaftslage erfordert rasches und umfassendes Handeln – und sei es auch nur, um im atlantischen Rahmen einen nützlichen Beitrag zu leisten.

Daniel Goldstein

FLORENZ – BLÜHEND ODER MORIBUND?

Notizen zu einer Stadt

«*Quant' è bella giovinezza
che si fugge tuttavia!
Chi vuol esser lieto, sia:
di doman non c'è certezza.*»

(Aus Lorenzo de' Medicis
«Trionfo di Bacco ed Arianna»)

Für die Eltern-, noch besser: die Grosselterngeneration war Florenz ein Bil-

dungserlebnis ersten Ranges. Sich heutzutage über Florenz auszulassen, mag altväterisch, überlebt wirken. (Tagebuch-)Notizen über Florenz können heute kaum aufsehenerregend sein. Zu einer Zeit, in der jeder Reportageteil einer Zeitung oder des TV-Programms vom Schwarzen Meer, von Thailand, Kuwait, den Bermudas berichten, als

lägen sie gleich vor der Tür, so dass sie touristisch so abge(g)rast sind, dass auch sie schon bald keiner Beobachtung mehr wert scheinen, mag Florenz dem Mitteleuropäer tatsächlich zu nah sein. Gleichwohl: Eben weil jene tatsächlich beinahe gleich vor der Tür liegen und man zu ihnen kaum mehr Flugstunden braucht als nach Florenz weit mühsamere Autostunden, mögen Notizen zu Florenz nun halt wie Anmerkungen zu (Bildungs-)Erlebnissen von einst erscheinen.

*

Im «Kaffeehaus» – so steht es noch angeschrieben für die Fremden auf leicht angerosteter Platte – in den Giardini di Boboli mit dem Blick auf die Stadt meinte da, an einem strahlenden Maimorgen, eine Schweizerin in breitem Zürichdeutsch am Tisch neben mir: «Die Schtadt isch dänn scho na schampaar alt, wämme da so abeluegt.» Unbelastet von kunsthistorischem Wissen, auch nicht verblendet von Baedeker-Daten, demonstrierte sich darin, dass sie wenigstens Augen zum Sehen hatte. Trotzdem: ihr Begleiter enthielt sich einer Antwort, schaute mich an und hoffte offensichtlich, dass ich nicht Deutsch verstehe. Ich hatte auf meinem Tischchen «La Nazione» liegen. Mein Begleiter konnte nur Italienisch.

*

In der Oper habe ich in meinem Leben nie so gelacht wie damals im Teatro comunale in Florenz, als da «Lohengrin» auf Italienisch gegeben wurde. Musikalisch einwandfrei, die Chöre von imponierender Klangkonsistenz, das Orchester des «Maggio musicale fiorentino»

eigentlich schallplattenreif. Doch des Helden «Mai devi domandarmi» musste bei einem Deutschsprachigen nun eben Heiterkeit auslösen. (Einer Beobachtung wäre die gegenteilige Erfahrung wert: wie ein Italiener auf «Ach, wie so trügerisch» reagiert, aber dabei genügend Deutsch versteht, um die Differenz zum Verdischen «La donna è mobile» nachvollziehen zu können.) Erstmals rückte mir da Lohengrin in die Nähe einer Cabaret-Figur. Doch das Florentiner Publikum nahm das offensichtlich als legitimen Ausdruck norddeutschen Mittelalters. Die Einfühlung über die Zonen hinweg war ihm da auch nicht allzu schwer gemacht worden: die Plexiglaslandschaft mit Kuben und Rotunden hatte eines der exklusivsten Florentiner Innenarchitektenteams geliefert: Schelde und Chic – der, wenn auch wacklige Stabreim sei gerade da erlaubt – hatten sich achthundert Jahre später in Florenz gefunden.

*

«Florenz hat schöne Frauen», heisst es in der heute fast vergessenen Operette «Boccaccio» des Franz von Suppé. Für einmal hält Operettenzauber, was er verspricht. In der Via Strozzi dürften nachts die jüngsten, hübschesten und sogar witzigsten Freudenmädchen (zumindest) Mitteleuropas herumstehen. Sie ergäben Mosaiksteine zu einem Florentiner Frauenbild, das nur scheinbar weit entfernt ist von dem Danteschen der Beatrice.

*

Dass Musik eine Himmelsmacht sei, jenseits von Reflexion und Kalkül, ist offensichtlich nicht nur eine Ope-

rettenweisheit. Der Titel zu einer Musikszene müsste etwa mit «Giardini di Boboli e gli spiriti» angegeben werden. Ort der Handlung: die Boboli-Gärten, gerade beim Obelisk hinter dem Palazzo Pitti, auf den arenaartigen Stein-
stufen.

An einem Samstagnachmittag im Vorfrühling begannen da ein Flötist und ein Gitarrist mit zwei, drei Sängern zu wirken, scheinbar unmotiviert, anfangs fast unauffällig. Zu diesem Klangground aus gewissermassen ins Unendliche sich verlängernden Melodie- und Rhythmusformeln mischten sich zum Gesang stereotyp wiederholte Wort- und Satzflöskeln, die da, amerikanisch, etwa besagten: Man werde in den Himmel gehen, die Glückseligkeit sei nahe, die vollkommene Freiheit müsse erst noch ergriffen werden.

Dazwischen rief ein Bursche – von einem Mädchen bruchstückhaft in schlechtes Italienisch übersetzt – Anforderungen wie: Macht es wie wir, wir sind Zigeuner, wir arbeiten nicht um Geld! Und direkter an die Jungen, die da herumsassen, gewandt: Werft die Bücher weg, meidet die Schule, geht auf die Strasse!

Anfangs antworteten ihnen ironisches Gelächter bei den Schülern, Kopfschütteln bei den Touristen. Doch plötzlich erfasste dieser Musik-Sang einige, die am nächsten dabeisassen, dann immer mehr und mehrere. Sie wiegten im Rhythmus, summten mit, sangen mit einigen Worten nur, dann immer mehr, zu Dutzenden, schliesslich wohl weit über hundert, auch die Militari, auf ihrem Ausgang, ihre Uniform ganz vergessend, hielten da mit, dass man hier an eine Macht des Zungenredens hätte glauben mögen.

Wenn die Sage von Orpheus und sei-

ner Leier, die selbst Tiere und Pflanzen gerührt haben, weiterlebt – hier ist sie Wirklichkeit geworden. Oder zeitgenössischer gedeutet: Musik als Einspruch gegen den Leistungs- und vor allem gegen den Rollenzwang?

*

In Othmar Schoecks Diele in seinem Haus an der Lettenholzstrasse in Zürich-Wollishofen hängt ein Stich mit dem Palazzo Vecchio. Er erinnert einen hier als der einzige Gegenstand an Italien. Zeugnis der Italien-Sehnsucht gerade desjenigen alemannischen Musikers, der, zu Recht, als einer der alemannischsten gilt?

*

Seitdem ich – beinahe zufällig – draufsties, dass Arnold Böcklin in Fiesole ob Florenz starb, ist mir da seine Malerei aufgegangen.

*

Museales Florenz. Wer es heute zwar nicht schwarz auf weiss, aber Plüschfalte neben Plüschfalte erfahren will, der gehe in die Casa Dante. Hier ist er festgehalten: Manuskripte, Erstausgaben, Gegenstände seines Lebens und seiner Umgebung, Kommentare zu seinem Werk in Schaukästen, hinter Glas, eingebettet in stahlblauen Samt, dieser gefältelt, gewissermassen wohnlich hergerichtet. Die Erinnerung mit einer Sargausstaffierung drängt sich auf. Dante: verniedlicht, verstaubt, wie ihn nicht der beschränkteste Schulmeister mehr auf Kleinkariertheit herunterbringen könnte.

*

Alexander von Zemlinsky schrieb 1917 «Eine Florentinische Tragödie» nach Oscar Wilde. Die Musik dieses etwa stündigen Einakters gehört zum Rauschhaftesten, Überschwenglichsten, Exaltiertesten, was die Zeit nach der Jahrhundertwende hervorgebracht hat, und drängt Vergleiche mit Straussens «Salome», auch mit Franz Schrekers frühen Opern herauf.

Vermutlich war Zemlinsky nie in Florenz gewesen. Nicht vorzustellen, dass er jemals vor dem «Gilli» auf der Piazza della Repubblica sass. Die Atmosphäre vor bald sechzig Jahren mag da vermutlich nicht entscheidend anders gewesen sein als heute mit ihrem Laissez faire, einer zur Schau gestellten Distanziertheit, der zur höchsten Lebensqualität deklarierten Spottlust, die darauf drängt, auf jeden Fall das letzte Wort zu haben.

Zemlinskys Florenz ist ein imaginier-tes. Er meinte das der Renaissance. Über die drei Zeitschichten eines Werks der darstellenden Künste liesse sich gerade an diesem Gegenstand sinnieren: die des Sujets, der Entstehung, der Rezeption. Heutzutage wird, vielleicht zu Unrecht, Zemlinskys Einakter kaum mehr aufgeführt. Dieses Renaissance-Jugendstil-Florenz scheint nicht mehr zu ertragen zu sein.

*

Florenz muss man im Winter erfahren haben. Ländliche Musikanten ziehen da mit Zambogna und Piffaro – einer Art Dudelsack und Schalmei – durch die Strassen. In Aufmachung und Spiel wirken sie wie Boten von einst: Firenze com'era.

Im letzten Winter, als die «Austerità» wenigstens sonntags den Autover-

kehr aus der Stadt bannte, hatten diese Duos, selbst auf den Hauptstrassen, nicht nur interessierte, sondern auch geuldige Bewunderer. Bei dieser Umgebung wirkten sie nicht mehr aufgesetzt, arrangiert, museal. Selbst den Weihnachtsmann mit Esel empfand man da als dazugehörig. Nun erschienen Parolen eines «Ordine nuovo» plötzlich funktionslos geworden. Sie waren, beinahe von selbst, wieder zurückgekehrt – die Zeiten von einst. Nur Natalia Ginzburg meinte in einem Sonntagsartikel des «Corriere della sera», dass «eigentlich alle eine seltsame Nostalgie nach der Stadt *mit* Verkehr» empfänden, denn sie scheine – wie sie das ausdrückte – «unserer inneren Unordnung ähnlicher». Rückblick aus einer zwangsverordneten Vergangenheit als Ausdruck des innerlich zerstörten Menschen?

Zu dieser Zeit hatte eine Ausstellung eines Florentiner Malers in der Galleria d'arte internazionale an der Via de' Tornabuoni riesigen Zulauf: «Omaggio a Firenze» mit Bildtiteln wie «Florenz träumt», «Ruhe über dem Arno», «Alt-Florenz». Nostalgie hatte da ihre bildgewordene Lebensfunktion gefunden.

*

Ich interessierte mich nie für Zahlen-symbolik. Weder all die Schriften zu Johann Sebastian Bachs Zahlenbeziehungen in seiner Musik noch all die Spekulationen in der Schönberg-Schule vor allem rund um die Zahl drei berührten mich. Doch gerade in Florenz sollte mir das Haus Nummer dreizehn am Borgo San Iacopo, der ersten Längsstrasse links des Arno, wenn man über den Ponte Vecchio gelangt, zum Schicksal werden. (Mehr darüber zu sagen, ge-

hört tatsächlich nur in ein Tagebuch oder überhaupt nicht aufgeschrieben – notiert bleibt es ohnehin.)

Seither hänge ich Zahlenkonstellationen nach. Die Quersumme meines Geburtsdatums ergibt vierzehn, die Buchstabenanzahl meines Namens ebenfalls – also immer um eins «daneben». Der Name des Menschen, der, zumindest damals, in jenem Haus wohnte, ergibt dreizehn Buchstaben. Nun werde ich die *Idée fixe* nicht los, eben in Florenz zweifach das Leben (nicht nur numerisch) knapp verfehlt zu haben. Fehlte nur noch, dass dort die Treppenstufen zum ersten Stockwerk und die Klingelknöpfe links beim Eingang auch dreizehn ausmachen.

*

Das zur Winterzeit nachts kaum erleuchtete Florenz wirkt an vielen Stellen geradezu gespenstisch. Wenn Nachtportiers raten, nicht mehr allein auszugehen, nimmt sein musealer Charakter einen Zug von Totenstarre an. Vielleicht sagt das verdunkelte Florenz dann über diese Stadt tatsächlich mehr aus als das illuminierte zur Sommerszeit.

*

Skizze zu einer Komposition, im eigentlichen Wortsinn, auf eine Textvorlage aus Polizianos «*Stanze per la giostra*» für hohen Sopran, stellenweise koloraturartig eingesetzt, und Instrumente.

Dazwischen einlagenhaft, tatsächlich wie Intarsien, Textausschnitte aus der Florentiner Tageszeitung «*La Nazione*»: Alltäglichkeiten, Belanglosigkeiten aus dem Florentiner Tages- und Nachtleben, deshalb hauptsächlich benützte Seiten «*Cronaca di Firenze*».

Einerseits Schönheitskult, Spielerei, Lebenserhöhung; zum anderen Aufzählung der Störfaktoren einer heilen Welt. Dabei soll – wenigstens von der musikalischen Materialanordnung her – nicht der Eindruck einer Collage, Zusammensetzerei aufkommen. Das jüngere ist nicht einfach schwarzer Fleck im älteren. Bevorzugte Klangfarben hier wie dort: Celesta, hohe Streicher, Vibraphon, Altflöte, Tenorsaxophon – also Farben des Blühens und Verblühens, auch mit ihren toposartigen Assoziationen zu Ballettflitter und Music-Hall.

Solche Kontrastierung dürfte – der Einwand wäre verständlich – von manch anderer Stadt als Vorlage genommen werden. Nur: wohl bei kaum einer anderen wären die Abstände so überdeutlich: dort Brennpunkt einer abendländischen Entwicklung von Jahrhunderten, hier Provinzchronik in Grossaufmachung von einer Zeitung, die, rechtens, als die erste der Stadt gilt.

Rolf Urs Ringger